



Rede zur Kreistags-Sondersitzung am 14.3.2012

Eigentlich sollen wir heute nur darüber abstimmen, ob wir einen Nachtragshaushalt beschließen wollen oder nicht. Da wir dies noch gar nicht können, weil der Haushalt noch nicht genehmigt ist, war die Einberufung dieser Sondersitzung nicht wirklich durchdacht und verursacht zusätzliche Kosten, die gerade, die sie verursachen, eigentlich anprangern. Jetzt liegt ein Änderungsantrag vor mit dem gleichen Ziel.

Wir haben in der letzten Sitzung beantragt, die Kreis- und Schulumlage in 2012 nicht zu erhöhen, und zwar auf der Basis des erstinstanzlichen Gerichtsurteils. Der „Aufschrei“ aus den Reihen von CDU, Grünen und FDP und die Zitate in der HNA haben mich mehr als irritiert. Dass die CDU nicht gegen eine Verfügung aus ihren Reihen stimmen würde, ist noch erklärbar. Aber Grüne und FDP - wie haben Sie sich bitteschön damals verhalten?

Die Frage, die sich mir dabei stellt ist aber: Wer hat denn in 2010 „mit großer Mehrheit“ beschlossen, gegen eine Verfügung des RP zu klagen? Das war doch nicht die SPD alleine. Nach meinem Kenntnisstand müssten das Vertreter aus mindestens drei Fraktionen gewesen sein. Deshalb meine Frage an Sie Herr Sänger: Wie ist es mit Ihnen? Wissen Sie denn jetzt wenigstens, ob Sie bei dieser wichtigen grundlegenden Entscheidung damals für oder gegen eine Klage gestimmt haben?

Sie bzw. ihr Sohn werfen mir über die HNA vor, nicht zu wissen, was ich bzw. wir tun. Wir wissen sehr genau, was wir tun und was wir wollen und was nicht.

Und die nächste Frage ist, wer von ihnen hat denn in 2010 beantragt, gegen den RP zu klagen? Frau Weinert, wissen sie jetzt wie sich die Grünen damals verhalten haben? Erstaunlich - die Grünen waren damals mit Antragsteller, den Klageweg zu gehen.

Das muss man sich mal vorstellen, da ist die große Mehrheit der Mitglieder des Kreistages mit einer Verfügung des RP in 2010 nicht einverstanden, so gravierend nicht einverstanden, dass sie vor Gericht ziehen und dort klären lassen ob der Landkreis sich einer solchen Anordnung fügen muss, weil man dies im Grundsatz wirklich nicht will.

Da wird im Folgejahr – auch mit Zustimmung des RP - vereinbart, man übernimmt zunächst die Anordnung des RP in den Haushalt, man vereinbart aber gleichzeitig, dass man die Erhöhung nicht vornimmt, sollte man vor Gericht Erfolg haben. Und der RP sagte zu, dass diese Vereinbarung auch für die Folgejahre gilt – bis zum rechtskräftigen Urteil. Und dann hat man Erfolg und genau dann erhöht man diese Kreisumlage – gegen deren Erhöhung man sich vor Gericht gerade erfolgreich gewehrt hat. Wie ehrlich und konsequent ist das denn? Da fehlen mir eigentlich die Worte.

Unser Antrag kam spät, aber nur, weil wir der Meinung waren, dass der Beschluss keine Erhöhung der Kreisumlage, bei positiver Gerichtsentscheidung nicht nur für 2011 sondern auch für die Folgejahre gelten würde. Erst die Rede des Landrates und das Gespräch in der Pause haben uns klar gemacht, dass die bestehenden Beschlüsse nur für 2010 und 2011 gelten. Insofern war es nur die konsequente Umsetzung der Beschlüsse der letzten Jahre unter Berücksichtigung des vorliegenden Urteils. Und Frau Weinert, auch eine Umsetzung Ihres Antrages aus 2010 über den sie sich jetzt so heftig aufregen.



Freie Wähler Landkreis Kassel

Und ich darf daran erinnern, dass die Beschlusslage im Haushalt 2011 mit 58 % gerechnet ist, aber bei positiver Gerichtsentscheidung ebenfalls um diese knapp 7 Mio. € korrigiert werden muss.

Aber wir wollen die finanzielle Schieflage, die nicht alleine durch Fehler in der Verwaltung entstanden ist, sondern durch Kürzung von Schlüsselzuweisungen des Landes bei gleichzeitigen massiv gestiegenen Anforderungen an kommunale Leistungen zustande gekommen ist, nicht nach unten auf die mindestens genau so finanzschwachen und überschuldeten Kommunen abgewälzt werden. Wir wollen den Druck nach oben. Dort sind die Fehlentscheidungen. Es funktioniert nicht, Gelder massiv zu reduzieren und gleichzeitig zusätzliche Leistungen zu verlangen, die Geld kosten, das weder der Landkreis noch die Kommunen haben. Und die als Geschenke verpackte Mogelpackungen aus Wiesbaden, die den Kommunen immer wieder zusätzliche Einnahmen vorgaukeln, im Endeffekt aber bei den meisten Kommunen zu weiteren Mindereinnahmen führen - wie z.B. das Schlaglochprogramm oder das Konjunkturförderprogramm - verschärfen die Finanzlage noch zusätzlich. Auch der kommunale Rettungsschirm wird eine solche Mogelpackung werden.

Wenn Sie Ihre Wahlversprechen ernst nehmen, das Sie den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landkreises auf der Ebene Ihrer Kommune aber auch auf Landkreisebene gegeben haben, dann müssen Sie mit uns gemeinsam den Druck nach oben intensivieren anstatt wie bisher nach unten.

Der Weg den Sie gehen, Herr Williges und Herr Sänger, ist ein Weg in die falsche Richtung. Sie müssen in Wiesbaden und Berlin anklopfen und nicht bei den Kommunen. Sie machen es sich zu einfach, wenn Sie meinen, auf diese Weise das Problem lösen zu können.

Natürlich muss auch im Kreishaushalt noch intensiver gespart werden und wir sind offen für jeden vernünftigen Sparvorschlag. Wir haben uns auch diesbezüglich mit Erfolg eingebracht. Und es wird auch weiter vernünftige Einsparvorschlägen von uns geben. Das verspreche ich Ihnen schon jetzt.

Und noch eine Bemerkung zum Vorwurf, wir wollten freiwillige soziale Leistungen des Landkreises streichen. Mitnichten: Der Landkreis und die Kommunen teilen sich die freiwilligen sozialen Leistungen, mit einer Erhöhung der Kreisumlage zwingen Sie viele Kommunen, freiwillige soziale Leistungen in den einzelnen Kommunen zu streichen. Das kann doch nicht wirklich ihr Ziel sein. Und es kann auch nicht Ziel sein, die Kommunen völlig finanziell zu ruinieren.

Wir stehen zu unserer Entscheidung, aber wir stehen auch zu weiteren Einsparungen im Kreishaushalt. Aber ich darf Sie auch daran erinnern, dass wir bei den Beratungen zum Haushalt zusätzliche Sparvorschläge und Beschlüsse gefasst haben, die über 6 Mio. Einsparungen bringen, zusätzlich! Und ich darf Sie daran erinnern, dass in der letzten Sitzung die SPD eine absolute Mehrheit hatte für den Haushalt. Auch ohne unsere Stimmen..

(B. Mlasowsky)